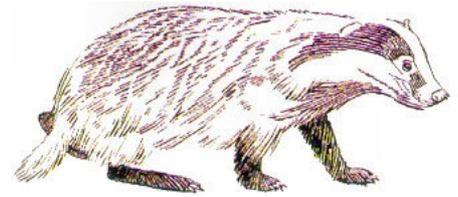


# Diakonischer Arbeitskreis für Gerechtigkeit und Solidarität (DAGS)

Konvent der Brüder- und Schwesternschaft  
des Rauhen Hauses Hamburg



## Informationsblatt des Arbeitskreises (7. Jahrgang, Nr. 6, Juni 2013)

Heißt Gott dienen, in einen Winkel kriechen und niemand  
raten noch helfen? Wer Gott dienen will, soll unter den  
Leuten bleiben und ihnen dienen womit er kann.

*Martin Luther*

### Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl (III.)

Liebe Schwestern und Brüder, Leser (innen), Freunde,  
unser Arbeitskreis setzt sich, wie auch unserem Infoblatt  
zu entnehmen ist, für Gerechtigkeit und Solidarität ein.  
Wir haben uns überlegt Euch für die kommende Bundes-  
tagswahl so genannte Wahlprüfsteine in den nächsten  
DAGS-Infoblättern vorzustellen. Wir haben dies in drei  
Schritten getan.

Neben vielen anderen Möglichkeiten sich über Zeitungen,  
Internet, gedruckten Parteiprogrammen usw. zu informie-  
ren, haben wir uns nach intensiven Diskussionen über  
Inhalte und Formulierungen für folgende Prüfsteine ent-  
schieden :

Nr. 4.: Antikorruptionsgesetz, Privatisierung, Armut und  
Reichtum, Mindestlohn

Nr. 5.: Transaktionssteuer, Bankenaufsicht, Vermögens-  
steuer, Spitzensteuersatz

Nr. 6.: Familienpolitik, Wohnungspolitik

### Wahlprüfsteine zur Familienpolitik

Unter Familienpolitik versteht man die Gesamtheit der  
Maßnahmen, mit denen der Staat regelnd und gestaltend  
die Rahmenbedingungen für Familien beeinflusst. Weit-  
aus überwiegend handelt es sich um Verbesserungen der  
Rahmenbedingungen und Unterstützungen für Familien, so  
dass von Familienförderung gesprochen wird.

Die Definition von „Familie“ in der Familienpolitik hat den  
Bedeutungs- und Wertewandel der letzten Jahrzehnte  
mitvollzogen: Stand historisch bei der Familienpolitik das  
Modell der traditionellen Familie aus Eltern mit Kindern im  
Vordergrund, so behandelt Familienpolitik heute überwie-  
gend ein erweitertes Familienkonzept: „Familien sind, wo  
Kinder sind“ (Partnerschafts-Status statt Ehe-Status).

#### Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Es sollte ausreichend Betreuungsangebote für Kinder in  
Kinderkrippen und Tagesheimen geben, um Berufstätig-  
keit aller Elternteile zu ermöglichen. Ab 2013 gilt ein  
Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem 1.  
Lebensjahr, der aber nur schwer durchzusetzen ist, da die  
für diese Maßnahme zuständigen Kommunen oft nicht  
über ausreichende Mittel verfügen. Die Regierungspartei-  
en haben ein Betreuungsgeld für diejenigen Mütter und  
Väter beschlossen, die ihre Kinder zuhause betreuen  
wollen. Dieses Konzept wird von den Oppositionsparteien  
kritisiert, da vermutet wird, dass insbesondere sozial

schwache Familien das Betreuungsgeld bevorzuge. Die  
daraus resultierende nicht ausreichende Förderung der  
Kinder könnte deren spätere Chancen in der Gesellschaft  
und auf dem Arbeitsmarkt vermindern. SPD und Grüne  
wollen das Betreuungsgeld wieder abschaffen und die  
finanziellen Mittel in den Ausbau von Kinderkrippen und  
Tagesheimen lenken.

*Wie stehen Sie zu diesen Maßnahmen und Plänen?*

#### Ehegatten-Splitting

Viele Menschen leben heute ohne Trauschein zusammen.  
Steuerlich gefördert wird aber nur die traditionelle Ehe  
und zwar unabhängig davon, ob Kinder vorhanden sind.  
In der aktuellen Diskussion befinden sich Modelle zum  
Abschmelzen der Wirkungen des Ehegatten-Splittings bis  
hin zur vollständigen Abschaffung. Andererseits existieren  
Forderungen, das Ehegatten-Splitting beizubehalten und  
es auf Familien ohne Trauschein auszuweiten.

*Wie ist Ihre Meinung zur Beibehaltung bzw. Reform des  
Ehegatten-Splittings?*

#### Kindergeld

Kindergeld wird derzeit unabhängig von der Einkom-  
mehöhe gezahlt. Durch die sogenannte „Günstigerprü-  
fung“ im Rahmen der Einkommensteuerveranlagung wer-  
den die Varianten Kindergeldzahlung mit der Variante  
Kinder-Steuerfreibetrag abgeglichen und die jeweils für  
die Steuerzahler günstigste Variante berücksichtigt. Das  
bedeutet, es verbleiben wohlhabenderen Familien größe-  
re Beträge als Familien mit kleinen Einkommen – bewirkt  
durch die Steuerprogression.

Es gibt Forderungen, das Kindergeld so umzugestalten,  
dass Familien mit niedrigem Einkommen ein höheres Kin-  
dergeld erhalten. Die Parteien SPD und Grüne wollen mit  
dieser und weiteren Maßnahmen eine gezielte Förderung  
von einkommensschwachen Familien durchsetzen.

*Wie sollte Ihrer Meinung nach das Kindergeld künftig  
geregelt werden?*

### Wahlprüfstein zur Wohnungspolitik

Nach Artikel 25 der UN-Menschenrechtscharta hat „jeder  
das Recht auf einen Lebensstandard, der seine und sei-  
ner Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet“. Zu  
einem Lebensstandard gehört auch die Unterbringung in  
eigenem, bezahlbarem Wohnraum.

#### Wohnungslosigkeit als extreme Form von Armut

Nach Schätzung der Bundesarbeitsgemeinschaft Woh-  
nungslosenhilfe (BAGW) sind derzeit 223.000 Menschen  
in der Bundesrepublik wohnungslos, vom Wohnungsver-  
lust bedroht sind ca. 53.000 Haushalte mit 103.000 Men-  
schen. Hinzu kommen die Menschen, die in prekären  
Wohnsituationen leben.

## Was gehört zu den verursachenden Problemen?

- Das starke Anziehen der Mietpreise, besonders in den Ballungsgebieten, führt zu einem verschärften Wohnungsmarkt. Zeitgleich hat der Bund die Mittel für die Städtebauförderung 2012 gekürzt.
- Der Bestand an preiswertem Wohnraum, der öffentlich gefördert wird, nimmt zunehmend mehr ab, da die Belegungsbindungen ablaufen.
- Der knappe Wohnungsbestand wird befördert durch den Verkauf kommunaler und landeseigener Wohnungsbaubestände an private Investoren. Gerade in den Großstädten fehlt somit Wohnraum zu angemessenen Preisen.
- Für Langzeitarbeitslose sind die Mietobergrenzen oft zu niedrig angesetzt und decken sich nicht mit den verlangten Wohnraumpreisen in den Städten bei gleichzeitigem Mangel an preiswerten Wohnungen.

Ohne drastische politische Änderungen wird die Anzahl der Wohnungslosen weiterhin ansteigen und neben dem persönlichen Leiden erhebliche gesellschaftliche Folgekosten mit sich bringen!

## Wie sollte Ihrer Meinung nach die Wohnungspolitik künftig geregelt werden?

### Kurz und bündig

#### Die Reichen werden immer reicher

Die Reichen werden reicher, indem sie mit Steuertricks das System überlisten. **Doch schon morgen treffen sich die größten Wirtschaftsnationen, um eine Vereinbarung gegen Steuerbetrug auszuhandeln.** Beunruhigend ist, dass Deutschland den wichtigsten Teil dieses entscheidenden Abkommens blockieren könnte. **Lassen Sie uns Finanzminister Schäuble mit Nachrichten überfluten**, damit er diese Ungerechtigkeit beendet und jeder seinen fairen Anteil zahlt. **Jetzt mitmachen!**

#### Nach dem Urteil des Bundesarbeitsgerichtes: Gewerkschaft legt Verfassungsbeschwerde ein

Mitte April hat ver.di Verfassungsbeschwerde gegen eine Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts (BAG) eingelegt. Darin hatten die Richter/innen zwar bestätigt, dass zwei Streiks in kirchlichen Einrichtungen rechtens gewesen seien. Dennoch hat das BAG nach Auffassung von ver.di das Grundrecht auf Streik niedriger bewertet als das Organisationsrecht der Kirchen, im Rahmen der geltenden Gesetze ihre Angelegenheiten selbst regeln zu können.

Über die Annahme der Verfassungsbeschwerde entscheidet jetzt das Bundesverfassungsgericht. Nach Auffassung von ver.di ist die BAG-Entscheidung auch völkerrechtlich bedenklich. Die Richter/innen hätten die Vorgaben der Europäischen Sozialcharta und vor allem von Artikel 11 der Europäischen Menschenrechtskonvention nicht ausreichend in ihre Abwägung einbezogen.

aus ver.di Publik 03.13

#### Niedriglöhne kosten Staat 1,5 Milliarden Euro pro Jahr

**Hamburg** - Im Einzelhandel gezahlte Niedriglöhne muss der Staat nach Informationen von „Spiegel-Online“ jährlich mit 1,5 Milliarden Euro aufstocken. Von den 3,2 Millionen Beschäftigten in dieser Branche bekomme jeder Dritte einen Lohn unter zehn Euro pro Stunde. Jeder Fünfte erhält weniger als 8,50 Euro. Viele seien daher auf ergänzendes Hartz IV angewiesen.

aus: Lübecker Nachrichten“ vom 05.06.2013

## Neue Bewegung im Streit zwischen Gewerkschaften und Diakonie

Annette Klausung, Gewerkschaftssekretärin bei ver.di, und Hans-Peter Hoppe, Vorsitzender des Diakonischen Dienstgeberverbandes Niedersachsen (DDP), haben sich erstmals mit anderen Gewerkschaftern und diakonischen Arbeitgebern an einen Tisch gesetzt und einen Tarifabschluss für mehr als 30 000 Diakonie-Beschäftigte ausgehandelt. Vereinbart wurden Gehaltserhöhungen zwischen 2,5 und 6,9 Prozent für unterschiedliche Personengruppen wie Altenpflegerinnen und Ärzte. Die überraschende Einigung bringt neue Bewegung in den festgefahrenen Streit zwischen Gewerkschaften und der Diakonie, die direkte Verhandlungen mit ver.di bisher unter Verweis auf das kirchliche Arbeitsrecht strikt abgelehnt hatte.

## Missbrauch der Übungsleiterpauschale

Detlef Becker, Vorsitzender des Verbandes kirchlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Rheinland- Westfalen-Lippe, hat einen Bericht des Wirtschaftsmagazins Wirtschaftswoche bestätigt, nach dem kirchliche Arbeitgeber wie Caritas und Diakonie zunehmend eine Lücke im Sozialrecht nutzten, um sich vor der Zahlung von Sozialabgaben für ihre Beschäftigten zu drücken. Die Online-Ausgabe der Zeitschrift hatte berichtet, dass immer häufiger Minijob und Übungsleiterpauschale kombiniert würden. Dabei werde eine Tätigkeit im Minijob zugleich als ehrenamtliche Leistung ausgewiesen. Dieses Schein-Ehrenamt, auf das nur gemeinnützige Träger zurückgreifen können, ermögliche es dann, zusätzliche 2400 Euro im Jahr abgabenfrei auszuzahlen. „In der ambulanten Pflege wird die Kombination von Minijob und Übungsleiterpauschale heute mehr oder weniger flächendeckend eingesetzt“, erklärte Becker.

## Konferenz "Dabei sein ist (nicht) alles!"

Am 16. Februar fand in der Hochschule für angewandte Wissenschaft die 4. Konferenz zur sozialen Spaltung in Hamburg statt. Das diesjährige Thema war „Dabei sein ist (nicht) alles! Repräsentation, Partizipation und soziale Spaltung“. Referate und Workshopberichte finden Sie auf der Homepage der AG Soziales Hamburg.

**Für Eure/Ihre schriftliche und verbale Unterstützung unserer Arbeit und unserer Themen danken wir sehr. Es ist wünschenswert, dass Themen und Diskussionsbeiträge von unseren Leserinnen und Lesern eingebracht und wenn uns Beiträge zugesandt werden, die wir veröffentlichen können. Über Anregungen und Kritik freuen wir uns.**

**Beiträge und Anregungen bitte an [mathias.mees@web.de](mailto:mathias.mees@web.de)**

**Unser nächstes Treffen findet statt am 5. August 2013 und am 9. September 2013 jeweils um 18.00 Uhr im Rauhen Haus (Altenheim-Haus Weinberg)**

**Gott hat sich selbst nicht unbezeugt gelassen, hat viel Gutes getan und euch vom Himmel Regen und fruchtbare Zeiten gegeben, hat euch ernährt und eure Herzen mit Freude erfüllt.**

*(Monatsspruch Juni 2013 aus Apostelgeschichte 14,17)*

Herausgeber: DAGS  
Redaktion und verantwortlich i.S.d.P.:  
Siegfried Heidler, Hamburg  
Klaus-Rainer Martin, Klein Wesenberg